Magazin für Mitglieder und Freunde der AfD

Ausgabe Mai+Juni/2020

TREND

Zeitung des Berliner AfD-Abgeordneten Andreas Wild MdA

Alexanderplatz, 9. Mai 2020

Freiheit und Privilegien!

Privilegien und Freiheit!

Inhalt

Seite 2
Editorial
Seite 3–5
Freiheit und Privilegien! Privilegien und Freiheit! – Corona, Wissenschaft und Rechtsstaat
Speakers' Corner Jungfernstieg und Talk auf dem Truck
Seite 6
Wild im Neuen Deutschland
Seite 7
Hintergründe zum Versammlungsrecht
Seite 8
Gedanken zu Andreas Kalbitz
Seite 9 & 10
AfD Berlin: Delegiertenparteitag in Vorbereitung – Indymedia
Die Initiatoren: Schreiben an den Landesvorstand
Seite 11–13
Gedanken zur Pandemie
Drostens zweite Welle
Seite 14 & 15
Wer verdient den Friedensnobelpreis – Angela oder Corona?
Seite 16
Leseempfehlung: Nie zweimal in denselben Fluß – Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning
Humor in Zeiten der Not
Bürgereinladung zum AfD-Brainstorming

NEUES FORUM

„NEUES FORUM"
zum Beginn der Endzeit der DDR.
Es wäre wieder Zeit.

Verehrter Leser,

der weltweite Hype um die größte Angst hat unerwartet neue Facetten und Dimensionen erhalten. In erstaunlicher Geschwindigkeit sind Greta und ihre „Fridays for Future" verschwunden, die Rettung des Weltklimas muß bei der pandemischen Covid-Furcht hintanstehen. Waldsterben, G5-Strahlung, Kernkraftwerke, Mikroplastik und Dieselabgase interessieren im Moment niemanden. Nur Black-Lives-Matter hat es auf die Höhe der Aufmerksamkeit gebracht. Ein notorischer Verbrecher wird zur Jesus-Figur der Antifa-Aktivisten gemacht, da er wahrscheinlich durch eine weißen Polizisten zu Tode kam. Daß US-weit gleichviele Schwarze durch schwarze wie weiße Polizisten zu Tode kommen, nimmt niemand zur Kenntnis. Schon gar nicht die deutschen Qualitätsmedien. Der Kommentator der Tagesthemen unterstellte US-Präsident Trump eine Nähe zum Ku-Klax-Klan und brandmarkt ihn als Rassisten. Sind eigentlich alle Menschen, die einen Unterschied zwischen menschlichen Ethnien erkennen, Rassisten? Sind alle, die einen Unterschied zwischen Männern und Frauen erkennen, Sexisten?

Fest steht: Das Plündern und Brandschatzen von schwarzen und linken Kräften ist keine politische Willensäußerung, sondern Terror. Terror muß auch so genannt werden, wenn er Gruppen kommt, welchen die Linkspresse wohlgesonnen ist. Bekanntlich hat diese Linkspresse Verständnis für alle, die nicht weißer Hautfarbe und heterosexuell sind. Wenn dann noch wirtschaftlicher Unternehmergeist dazukommt, ist das gute Bier alle. Es scheint kaum jemandem aufzufallen, daß damit sehr viele, die zum wirtschaftlichen Wohlergehen unseres Landes beitragen, angefeindet werden.

Ich war so frei, ein Youtube-Video von Martin Sellner auf Facebook kommentiert zu teilen. Sellner formuliert den Gedanken, daß multiethnische Staaten mehr Probleme haben als homogene. Oder wie das Daniel Cohn-Bendit formulierte: „Das multikulturelle Deutschland wird hart, schnell und grausam ..."

Warum, ist die Frage, unterstützen wir in Europa seit Jahren alles, was aus unseren homogenen Staaten heterogene Staaten macht? Ich finde diese Frage eingehenderer Betrachtung wert. Nicht so Facebook. Denn mein Beitrag führte innerhalb von 24 Stunden zur Höchststrafe:

Deaktivierung meines Accounts.

Mir war so, daß es im Grundgesetz heißt: „Eine Zensur findet nicht statt." Oder folgt da noch „... außer bei Facebook"? Ich habe über eine angesehenen Media-Kanzlei Klage gegen Facebook erhoben. Ich werde berichten.

In Goethes „Egmond" fordern Bürger auf dem Brüsseler Marktplatz „Freiheit und Privilegien! Privilegien und Freiheit!" Früher hieß es Privilegien, heute sagt man „Bürgerrechte". Die Linken 1.-Mai-Demos haben mit solchen Bestrebungen nichts zu tun. Im Gegenteil, sie wollen Anarchie und die Auflösung jenes Staates, der unsere freiheitlichen Lebensbedingungen erst möglich macht.

Ihr Andreas Wild

Auf die Straße, die Erste: 7. Mai

Die coronabedingten Einschränkungen durch die Eindämmungsverordnungen haben in der Staatsreparatur Veranstaltungen jeder Art unmöglich gemacht. Selbst auf dem Gartengrundstück hinter der Staatsreparatur durften keine Veranstaltungen stattfinden. Diese Verbote sind wahrscheinlich verfassungswidrig, ein Klageverfahren aufwendig und nicht preiswert zu haben.

Also mußten wir uns fügen und mit blutendem Herzen sowohl den Tanz in den Mai auf nach den Sommerferien verschieben, wie auch die Veranstaltung zum Thema Gender mit Dr. Ludwig Flocken absagen. Zu letzterer trug eine Anweisung des Notvorstandes unter Nicolaus Fest bei, der mir drohte einen Anklagepunkt in meinem Parteiausschlußverfahren zu ergänzen, wenn ich Flocken bei mir sprechen ließe. Man muß sich schon wundern. Inzwischen werden ja auch Landeschefs aus der AfD gedrängt. Man muß bei den eigenen Leuten inzwischen ziemlich vorsichtig sein.

Da in geschlossenen Räumen weder Veranstaltungen noch Versammlungen erlaubt waren und außerhalb auch nur Versammlungen, entschlossen wir uns, den Platz vor der Staatsreparatur zum Versammlungsort zu machen und die Bühne auf den AfD-Truck zu verlegen.

Ein weiteres Novum: Die medizinischen Fachleute waren nicht persönlich an der „Speakers‘ Corner Jungfernstieg“ sondern der eine in Perpignan unweit der Pyrenäen und der andere auf der Azoreninsel St. Maria. Beide schalteten sich per Skype zu und wurden mit dem Beamer in den Truck projiziert. Die Technik hat bis auf ein paar kleine Schwierigkeiten gut geklappt. Ein besonderer Dank an meinen technikaffinen Mitarbeiter Aaron Kimmig.

Aus Frankreich war Dr. Stefan Naumann zugeschaltet, ein deutscher Arzt, der mit seiner Familie schon jahrelang in Frankreich lebt und arbeitet. Er ist Anästhesist und arbeitet in einem Krankenhaus. Der andere Mediziner war Dr. Robert Leonhardt, Arzt und Japanspezialist, er hat gute Verbindungen nach Nippon, wurde in Yokohama geboren und seine Großmutter ist Japanerin.

Dr. Naumann berichtet aus der im Macron-Lockdown eingefrorenen Grande Nation, in der das Betreten der Straße nur mit Passierschein straffrei bleibt und bis auf muslimische Hotspots das öffentliche Leben zum Erliegen gekommen ist. Günstig für Macron: Die im März bedrohlich angewachsenen Proteste gegen seine Rentenbeschneidungspläne waren nach seiner „Nous sommes en Guerre“-Rede über Nacht kriminalisiert.

In den Krankenhäusern Frankreichs herrsche gähnende Leere, nur im Elsaß und in der Bretagne gäbe es hohe Belgungen der Intensiv- und Beatmungsplätze, die in Frankreich coronabhänig von 5000 auf 10000 aufgestockt worden waren.

Man mache der Bevölkerung Angst, da sich 4000 Beatmungsplätze seit Wochen nicht zu leeren scheinen. Laut Aussage von Dr. Naumann sind die Beatmeten allerdings fast durchgängig sehr alt. Man halte sie am Leben, gute Chancen auf eine Gesundung gebe es aber nicht. Wahrscheinlich werden die meinsten nicht mehr in ein maschinenunabhäniges Leben und zu Bewußtsein zurückkehren. Geichwohl könne man die Patienten technisch über lange Zeit am Leben halten, sogar über Jahre. Ob das sinnvoll oder medizinisch geboten sei, darüber gehen die Geister auseinander. Früher habe man Patienten über 80 in der Regel nicht mehr intubiert, sondern nurmehr so gut es ging begleitet. Es gebe allerdings auch Interessen der Häuser, die Liegedauer nicht zu kurz zu bemessen.

In statistischen Auswertungen zeigte Dr. Naumann, daß es in Frankreich eine leichte Übersterblichkeit im März und April gegeben habe, daß jedoch die Verstorbe-

Per Skype auf dem AfD-Truck: Dr. Leonhardt und Dr. Naumann, AfD-Maske und -Kuchen

nen nahezu vollständig die durchschnittliche Lebenserwartung überschritten hatten. Es starben vor allem 80-, 90- und 100-jährige.

Dr. Leonhardt berichtete aus St. Maria, eine kleine Azoreninsel, die politisch zu Portugal gehört, auf der Insel gäbe es keinen einzigen nachgewiesenen Infektionsfall und keinen normalen Personenverkehr, sondern nur noch Versorgungsschifffahrt mit immer gleichem Personal.

Gleichwohl müsse man seit Anfang Mai in Behörden und Restaurants Maske tragen.

Zu den internationalen Vergleichen, insbesondere dem negativen Bewerten von Schweden, merkte Dr. Leonhardt an, die Erfassungen der Zahlen und deren Meldung an eine Zentralbehörde sei auch innerhalb von Europa völlig unterschiedlich. Eine Institution wie das Robert-Koch-Institut (RKI) leiste sich nur Deutschland.

Welche Fälle „Infizierten“ und „Erkrankten“ zugeschlagen, würden sei nicht einheitlich. In Japan prüfe man bei sehr alten Verstorbenen nicht, ob sie coronainfiziert gewesen seien und habe daher deutlich niedrigere Zahlen als viele Länder Europas.

In Japan gehörte der Tod mehr zum Leben als im christlich-abendländischen Kontext.

Außerdem sei zu bemerken, daß das, was hier neuerdings „social distancing“ heiße, in Japan langjährige Übung sei. Andererseits gebe es in Japan nur 4,5 % Männer mit Übergewicht, in Deutschland über 60 %.

Andreas Wild

Auf die Straße, die Zweite: 5. Juni

Der Talk auf dem Truck mit 67 Teilnehmern war die bisher größte Veranstaltung an der Staatsreparatur. Mit den beiden Gästen Peter Feist und Christoph Berndt hatten wir zwei große politische Kaliber gewinnen können.

Das Format der Talkrunde auf dem Truck ist nicht so agitatorisch wie eine Kundgebung und hat damit für meinen Geschmack eine feinere Außenwirkung.

Peter Feist arbeitete den Zusammenhang der Corona-Epidemie mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung heraus und regte auch Gedanken zuzulassen, die über das politisch Erwartbare hinausgehen. Die Weigerung der Politik, dem offensichtlichen Ende der Coronawelle das sofortige Ende des Lockdown folgen zu lassen, könne mit dem Wertekanon der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zur Übereinstimmung gebracht werden. Die Einschränkung der Bürgerrechte in der heutigen Massivität sei seit dem Kriegsende in der Bundesrepublik einzigartig.

Christoph Berndt führte zu medizinischen Aspekten aus und betonte, daß es eines jeden Pflicht sei, seinen Verstand zu schärfen und zu gebrauchen und sich aus der Unmündigkeit herauszuführen. Bernd zitiert Immanuel Kant und appelliert an unsere Tapferkeit: „Aufklä-

Philosoph Peter Feist und Arzt Christoph Berndt MdL bei Andreas Wild auf dem 7,5-Tonner

rung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen“

Peter Feist kontert mit Martin Heidegger „Im Wesen der Gefahr liegt die Möglichkeit der Kehre!“ Und Hölderlin: „Wo die Not am größten, da wächst das Rettende auch!“

Im Anschluß an die Versammlung konnten wir den Abend leider nicht mehr ungestört ausklingen lassen, da die Polizei recht kleinlich auf die Fünf-Personen-Regelung drängte, da im Unterschied zum Kirchgang das gemeinsame Bier nicht der inneren Erbauung diene. So ganz verstanden habe ich‘s nicht, drei Kreuze, wenn der Spuk vorbei ist.

Als Resümee möchte ich feststellen, daß der Erfolg der Veranstaltung Mut macht, dieses Format im Sommer weiter zu nutzen. Wir brauchen aber noch mehr helfenden Hände, für LKW-Fahren, Tontechnik, usw. Für den Livestream bedanke ich mich bei Petrosilius und Klausi Schmidt von Merkel-Muss-Weg-Mittwoch, für die Bewirtung bei Sibylle Schmidt und für die Vorbereitung, Fotos und Gästemikrophon bei Aaron Kimmig. Und natürlich bei meinen Gästen Peter Feist und Christoph Berndt und allen, die von nah und fern kamen, um dabeizusein!

Die Antifa war natürlich auch da, die haben jetzt einen eigene Twitter-Account für die Staatsreparatur.

Die Videos der Versammlungen sind beide auf staatsreparatur.de/veranstaltungen zu finden. AW

Panoramablick von der Bühne ins grelle Scheinwerferlicht: So viele Staatsreparatur-Gäste wie noch nie!

Andreas Wild im Neuen Deutschland

Die frühere SED-Zeitung „Neues Deutschland“ titelt am 27. April in ihrer Online-Ausgabe:

Berlin / Versammlungsrecht

Senator: 1. Mai darf kein Ischgl werden

„Andreas Geisel (SPD) lässt zwar Versammlungsrecht lockern, will aber Großdemonstration verhindern [...]

Die Opposition bleibt derweil relativ zurückhaltend in ihrer Kritik. CDU und FDP äußern Verständnis für die Maßnahmen. Allein der aus der AfD-Fraktion ausgeschlossene Abgeordnete Andreas Wild bezweifelt generell die Gefahr der Pandemie.“

Dieser Innensenator Geisel plaudert am 11. Mai 2020 im Innenausschuß aus dem Nähkästchen und erläutert, wie es zur Lockdown-Entscheidung gekommen war:

„Als die Virologen Anfang März im Senat waren und uns vor Augen geführt haben, was eine exponentielle Entwicklung der Erkrankungen für Berlin bedeuten würde. Und wir dann daraufhin die Entscheidung getroffen haben.“ Er beginnt, sich mit der linken Hand am rechten Ohr zu kratzen. „Und kurz danach die Bilder aus Oberitalien, aus Bergamo, zu sehen waren. Oder wer jetzt sich die aktuellen Bilder aus New York anschaut und dann die Frage stellt, ob die Entscheidungen zur Eindämmungsverordnung richtig oder falsch waren, also diese Eindämmungsverordnung in Frage stellt, der weiß nicht was er tut.“ (Minute 16:55 YouTube-Video „Innenausschuß AGH 40 Minuten Elend“)

Dank Staatssekretärin Sigrid Klebba (SPD) müssen die Kinder nicht mehr wegen Greta die Schule schwänzen, sondern ganz legal aufgrund von Corona (Reto Klar/SenBJF)

Vorlage von wissenschaftlichen Gutachten? Lageeinschätzung auf Grundlage von Zahlen? Kritisches Rechtsempfinden? Fehlanzeige.

Wird nicht normalerweise das Volk mit der BILD regiert? Offensichtlich werden mit Bildern auch Politiker zum Handeln in eine bestimmte Richtung bewegt.

Dieser Eindruck eines schuljungenhaften Umganges mit der Krise wurde bereits im Bildungsausschuß am 7. Mai 2020 bestätigt: Die Frage, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage die Schulschließungen beschlossen wurden, konnte die Staatssekretärin Sigrid Klebba (SPD) nicht beantworten. Aber was erwarten wir denn anderes von diesen Politikern? AK

Innensenator Geisel (SPD) beschreibt, wie er exponentielles Wachstum erlernt hat. Weiß er, daß in der Natur das exponentielle Wachstum nie in Reinform auftritt? (Alex Berlin, Screenshot Parlamentsvideo)

Hintergründe zum Versammlungsrecht

Der 1. Mai, Tag der Arbeit, ist geprägt durch Demonstrationen und Versammlungen in der ganzen Welt. Arbeitnehmer haben sich durch harte Kämpfe ihre jetzigen Rechte erkämpft. Oft waren die Kämpfe auch blutig, nicht selten wurde gegen die Obrigkeit provozierend gearbeitet und herausgefordert

Das Versammlungsrecht ergibt sich aus Art. 8 GG. Jeder Deutsche hat das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für die Versammlungen unter freien Himmel gelten ähnliche Bestimmungen, sie sind allerdings durch Gesetze näher bestimmt. Bei Versammlungen in der Öffentlichkeit gilt grundsätzlich, daß eine Anmeldung bei der Gemeinde erfolgen muss, in der sie stattfinden soll. Hier sind zunächst die Veranstalter und Ordner zu benennen, der Grund und die Art der Versammlung. Dies soll spätestens 48 Stunden zuvor bei der Behörde bekannt gegeben werden. Anders ist es bei Versammlungen, die einen sogenannten spontanen Charakter aufweisen. Typische Merkmale sind, daß sie augenblicklich, ungeplant und ohne Veranstalter abgehalten werden. Eine Anmeldung würde dem Sinn der Spontanität widersprechen (Brokdorf-Beschluß).

Einschränkungen gibt es dahingehend, daß das tragen von Waffen und Uniformen verboten ist und die öffentliche Ordnung nicht gestört werden darf.

Im Vordergrund steht immer der Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die gewährleistet werden muß. Die Gemeinde muß daher immer begründen, warum eine Versammlung beschränkt oder gar nicht stattfinden kann. Sollte zum Beispiel eine andere Veranstaltung in der Gemeinde stattfinden, muß zumindest geprüft werden, ob Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind. Die Gemeinde muß hier ihre Möglichkeiten voll ausnutzen.

Öffentliche Versammlungen sind meist Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Obrigkeit

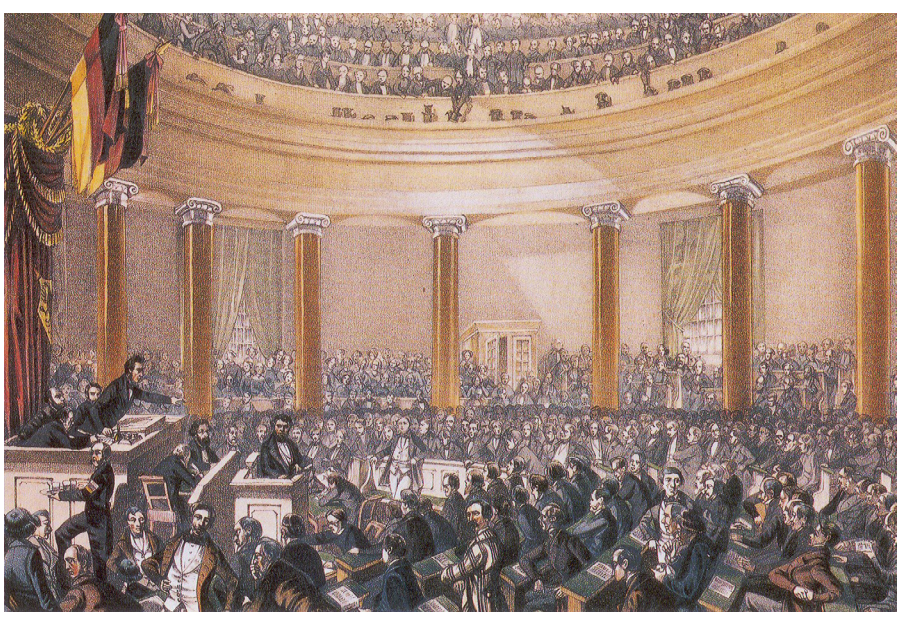
Aktuell sieht man wieder einmal mehr, daß selbst Krisenzeiten wie die Corona-Pandemie keine totalen Grundrechtseinschränkungen legitimieren. Einer Versammlung nach der anderen wurde trotz Ausgangsbeschränkung stattgegeben.

Die Gerichte stellten fest, daß bei einer überschaubaren Teilnehmerzahl und Einhaltung des Mindestabstandes die Versammlung zu genehmigen ist. Jüngst wurde die Ausgangssperre des Saarlandes aufgehoben, da das Gericht eine zu einschneidende Maßnahme sah, die eine uneingeschränkte Fortdauer nicht begründet.

Versammlungen sollen den Bürgern, die Ihre Positionen kundtun wollen, ein tragbares Gewicht verleihen. Gerade in einem Staat, welcher auf dem demokratischen Mehrheitsprinzip basiert, sind sie ein starkes Medium für Minderheiten, um in der Öffentlichkeit ihre Rechte wahrzunehmen. Die frühe Geschichte zeigt, daß öffentliche Versammlungen meist ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Obrigkeit waren.

Versammlungen mögen unterschiedliche Hintergründe und Absichten verfolgen, sie dienen jedoch alle dem Ziel der Meinungsäußerung. Sie können ein Zeichen der Unzufriedenheit und der Forderung nach Reformen, aber auch als funktionierende Demokratie gedeutet werden, wenn man sich die vielfältigen Veranstaltungen näher betrachtet. Wenn uns die Geschichte etwas daraus gelehrt hat, dann, daß Demonstrationen nicht wirkungslos bleiben, sondern den Diskurs und die Demokratie fördern.

Ferdinand Stelter ist Student der Rechtswissenschaften in Würzburg



Mit Versammlungsverbot hätte es sie nie stattgefunden: Die Frankfurter Nationalversammlung im Juni 1848 (Ludwig von Elliott, kolor. Zeichnung)

Gedanken zu Andreas Kalbitz

Nachdem sich der Staub etwas gelegt hat und eine klarere Sicht möglich ist, möchte ich eine kurze Zwischenbilanz nach der Entscheidung des BuVo zur Nichtigkeit von Kalbitz Mitgliedschaft ziehen:

Aktuelle Lage

Gestern wurde von INSA die neueste Umfrage veröffentlicht, wonach die AfD in der letzten Wahlumfrage nur noch bei 9,5% liegt. Bei INSA handelt es sich um ein seriöses Umfrageinstitut, die Werte sind also ernst zu nehmen und dürften ein tatsächliches Bild der Lage abgeben. Sucht man die letzte Umfrage bei INSA auf diesem Niveau, muss man zum 07.08.2017 fast drei Jahre zurückgehen, als die AfD nur 9% hatte, dazwischen waren wir immer zweistellig. Dieser Einbruch ist auch nicht auf das Corona-Virus zurückzuführen, weil das ja schon seit über 2 Monaten das Tagesgeschehen beherrscht.

Betrachtet man die Details, kann man feststellen, daß die AfD vor allem an die Nichtwähler verloren hat. Die Wähler, die sich von uns abwenden scheinen uns bisher als einzige Alternative angesehen zu haben und tun dies jetzt nicht mehr.

Umgekehrt kann man feststellen, daß die „neue Meuthen-AfD“ vom sogenannten bürgerlichen Lager nicht angenommen wird. Der erhoffte Stimmenzuwachs in der Mitte bleibt aus. Das widerlegt eine ganze Reihe von Theorien und strategischem Kalkül, daß wir einen Zuwachs vor allem in der Mitte finden. Nebenbei bemerkt wurde mir das auch von 30 Jahren in der CDU erzählt und das Ergebnis dieser Strategie müssen wir jetzt mit Merkel ertragen.

Bevor ich auf mögliche Konsequenzen eingehe, möchte ich einige

Rechtliche Fragen

klären, die in einigen Diskussionen häufig etwas durcheinandergehen:

Beim Eintritt von Andreas Kalbitz hatte die AfD eine Satzung und diese verpflichtete Bewerber anzugeben, wenn sie einer rechtmäßig vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation angehörten.

Daß die Beitrittserklärung von Andreas Kalbitz verschwunden ist, ist unerheblich, weil es über deren Inhalt keinen grundlegenden Dissens gibt.

Die Entscheidung hat wahrscheinlich keinen rechtlichen Bestand

Eine Angabe der Mitgliedschaft bei den REP war nicht erforderlich, weil deren Beobachtung durch den VS später gerichtlich als unzulässig eingestuft wurde. Ansonsten hat Andreas Kalbitz bei mehreren Parteitagen auf die frühere REP-Mitgliedschaft hingewiesen. Bei der Nichtigkeit des jetzt vom BuVo herangezogenen §123 BGB hätte eine entsprechende Entscheidung ansonsten auch innerhalb eines Jahres nach Kenntnis erfolgen müssen, was jedoch nicht erfolgte. Die Mitgliedschaft bei den REP ist also in mehrfacher Hinsicht irrelevant.

Für eine Mitgliedschaft in der HDJ liegen keine Beweise vor. Der BuVo stützt sich auf Aussagen des VS, die allerdings in mehreren anderen Fällen nachweislich falsch sind. Der VS ist ein Inlandsgeheimdienst und muss auch gar nicht die Wahrheit sagen. Ansonsten kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Familie Kalbitz in einer Kartei der HDJ geführt wurde, die allerdings nicht zwischen Mitgliedern und Interessenten differenzierte. Selbst wenn also ein solcher Eintrag existieren würde, wäre das also noch kein Beweis einer Mitgliedschaft. Daß der BuVo trotz dieser mageren Ausgangslage von einer Mitgliedschaft ausgegangen ist, deutet darauf hin, daß hier machtpolitisches Kalkül ausschlaggebend war und nicht eine nüchterne, rechtliche Bewertung. Der grundlegende Rechtsgrundsatz „in dubio pro reo“ (im Zweifelsfall für den Angeklagten) wurde in jedem Fall grob missachtet.

Vor diesem Hintergrund sehe ich es als extrem unwahrscheinlich an, daß der Beschluss des BuVo rechtlichen Bestand haben wird.

Strategische Situation

Die Stärke der AfD war bisher immer, daß wir inhaltlich breit aufgestellt waren und sowohl liberale Wähler ansprechen konnten als auch Konservative und Patrioten.

Wen wir noch nie erreichen konnten waren unkritische Leser der Tagespresse und mediengläubige Zuschauer des Fernsehens. Daran hat sich nichts geändert, warum auch. Um diese Wähler zu erreichen, müssten deren Leitmedien objektiv und fair über uns berichten. Um dorthin zu

Kalbitz am 10.6. auf der „Merkel-muß-weg“-Demo von Franz Wiese MdL

gelangen, müssten wir aber noch weit mehr „Opfer bringen“ als Andreas Kalbitz. Aus Sicht der meisten Journalisten wären vermutlich nicht einmal Meuthen und von Storch tragbar. Jede Anbiederungspolitik kann nur in die Bedeutungslosigkeit führen.

Teile des BuVo haben in der AfD einen zersetzenden Machtkampf losgetreten und zwar zu einer Zeit, in der unser Land auf die größte Krise seit Ende des 2. Weltkriegs zurollt. Gerade jetzt würde es einer starken Opposition bedürfen, die ein Verschenken des verblieben Volksvermögens an die südlichen EU-Länder verhindert.

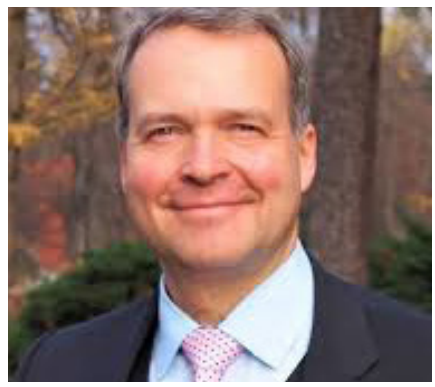
Konsequenzen

Die AfD bedarf keiner Richtungsentscheidung. Wir sind nur stark, wenn wir konservativ-liberale und konservativ-patriotische Kräfte ansprechen und an die Partei binden. Dazu brauchen wir Protagnisten aus „beiden Lagern“, die für die jeweiligen Wähler Identifikationsfiguren darstellen. Keines der Lager darf auch nur anstreben, die Partei dominieren zu wollen.

Bei der vorliegenden Auseinandersetzung geht es nicht darum, die Richtung der Partei vorzugeben. Dies muss durch die Bundesparteitage nach Vorbereitung durch die Bundesprogrammkommission erfolgen. Es handelt sich um den Versuch Einzelner, ihre persönliche Macht zu festigen, unbequeme Mitbewerber auszuschalten und zwar ohne Rücksicht auf Verluste in Form von Wählerstimmen und Wählervertrauen.

Wir müssen differenzieren zwischen integrativen Sachpolitikern und spalterischen Machtpolitikern. Letztere dürfen in der AfD keinen Platz haben.

Sebastian Maack ist AfD-Stadtrat in Reinickendorf



AfD Berlin: Delegiertenparteitag in Vorbereitung?

Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen... – Noch am 2. März 2020 behauptete der Vorstandsnotvorsitzende Nicolaus Fest: „Die Behauptung von Herrn Wild, der Notvorstand wolle von Mitglieder- auf Delegiertenparteitage umstellen, ist unwahr.“

Wenn am 29.5.2020 in Reinickendorf eine Wahl von Delegierten für einen Landesparteitag nur deshalb nicht stattfindet, weil die Veranstaltung dann nach Einschätzung des Gesundheitsamtes zu lange dauern würde, kann man ins Grübeln kommen.

„Was ist denn so eine Dampfmaschin‘?“ fragt der Physiklehrer bei der Feuerzangenbowle, um sogleich fortzufahren: „da stellen wir uns mal ganz dumm ...“ Wir stellen uns nun auch ganz dumm und hören mal, was die Antifa dazu ausgegraben hat. Auf Indymedia erschien am 5. Juni 2020 folfgender Text:

„Berliner AfD hat mit den Vorbereitungen zu einem satzungswidrigen Delegiertenparteitag begonnen. Der Landesverband wird voraussichtlich auf die Linie Beatrix von Storchs gebrach, die eine Spitzenkandidatur bei den nächsten Bundestagswahlen anstrebt. Storch hat jahrelange Erfahrung bei der Manipulation von Parteitagsentscheidungen und und ist routiniert im Einsatz betrüberischer Mittel auf Landes- und Bundesparteitagen. Will sie ministrabel werden, indem sie der Partei einen systemkonformen Anstrich verpasst.

Wie aus einem hier angefügten

Gut informiert: Indymedia

AfD-internen Papier hervorgeht, hat die Partei in Berlin bereits in einem Bezirksverband Delegierte für einen Landesparteitag gewählt, obwohl die Berliner Landessatzung einen Mitgliederparteitag vorsieht. Es kann sich dabei eigentlich nur um einen Bezirk handeln, denn am 28.05. fanden in Berlin Reinickendorf Wahlen zu einem neuen Vorstand statt. Bekannte Altrechte wie der Exstaatsanwalt Matthias Bath, vormals Mitglied im Landesvorstand der Berliner Republikaner und Kuratoriumsmitglied des ursprünglich Rep-nahen Hoffman von Fallersleben Bildungswerkes, sind von der Bildfläche verschwunden. Bath schied sowohl aus der BVV-Fraktion als auch aus dem Kreisvorstand Reinickendorf aus. Der neue Notvorstand des Landesverbandes, dessen stellvertretender Vorsitzender der Reinickendorfer Bezirksvorsitzende Rolf Wiedenhaupt ist, scheint mit eisernem Besen auskehren zu wollen, um der Partei einen systemkonformen Anstrich zu verpassen.

Die Frage, wer wohl dahintersteht, scheint leicht zu beantworten. In ihrem Artikel im Spiegel vom 11.04.2020 „Völlige Demontage“, S. 25, gibt die Autorin Ann-Katrin Müller bekannt, der schwer angeschlagene Jörg Meuthen wolle zusammen mit Beatrix von Storch als Spitzenduo bei den nächsten Bundestagswahlen antreten. Nun stammt auch der Notvorsitzende des Berliner Landesverbandes, der Europaabgeordnete und bekannte Islamhasser Nocolas Fest aus Storchs Kreisverband Berlin Mitte. Darum wäre es schon verwunderlich, wenn er kein Storch–Unterstützer wäre.

Bei der Manipulation von Wahlent-

scheidungen kann Storch auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken und sie fand immer willige Helfer, denen sie entsprechende Vorteile verschaffte. Bereits auf dem Berliner Landesparteitag 2016 wurden einige Ihrer Komplizen auf frischer Tat bei Manipulationen mit zusätzlichen Wahlzetteln ertappt. In der Folge mußte der Parteitag 2017 wiederholt werden. Dabei lernte Storch allerdings, dass die Staatsanwaltschaft Manipulationen auf Parteitagen nicht strafrechtlich verfolgt. So scheute sie auch vor Manipulationen auf dem Bundesparteitag Ende November 2019 in Braunschweig nicht zurück. Dort wurde sie offensichtlich mit betrügerischen Mitteln zur 3. stellvertretenden Bundessprecherin gewählt. Der Versammlungsleiter Christoph Basedow stammt aus ihrem Bezirk Mitte und gehörte ihr damit praktisch. Er gab ihr durch eine knapp einstündige Pause die Möglichkeit ca. 20 zusätzliche Delegierte „aufzutreiben“. Allein mit deren Hilfe konnte sie die Wahl gewinnen. (https://dai.ly/x7tbspk).

Diesmal hat sie mit Nicolas Fest und Rolf Wiedenhaupt wieder ihre Leute an entscheidender Position positioniert und schreckt selbst vor einem Bruch der Landessatzung nicht zurück, um den Landesverband Berlin unter Kontrolle zu bekommen und auf Linie zu trimmen. ...“

Die Initiatoren: Schreiben an den Landesvorstand

In unserem gemeinsamen Bemühen um das Wohl der Partei möchten wir uns heute mit einem Vorschlag an Sie wenden.

Da ein einzelner Bezirk bereits zu Wahlen für Delegierte auf Landesebene eingeladen hatte, deutet sich an, daß die politische Führung unseres Landesnotvorstandes unseren langjährigen Brauch der Mitgliederparteitage für den nächsten Parteitag oder einen späteren Aufstellungsparteitag für Abgeordnetenhaus- und Bundestagslisten möglicherweise ändern möchte.

Die Abneigung größerer Gruppen von Mitgliedern gegen diese Änderung ist ein offenes Geheimnis und hat das Potential, unseren Landesverband in der gegenwärtig ohnehin schon schwierigen innerparteilichen Lage noch weiter zu spalten. Uns liegt daran, dieses auf jeden Fall zu verhindern und unseren Notvorstand bei der Findung des richtigen Weges in dieser komplizierten Zeit zu unterstützen.

Wir regen deshalb an, eine informelle Mitgliederbefragung zu starten, die ein Meinungsbild der Mitglieder des Landesverbandes Berlin zu der Frage „Mitgliederparteitage beibehalten oder Delegiertenparteitage einführen“ erbringen wird.

So können wir den Notvorstand in die Lage versetzen, entsprechend des Mitgliederwillens vorzugehen und bei Zustimmung zu seinen Vorhaben auch die politische Mandatierung zu dieser Maßnahme zu geben.

Wir müssen immer bedenken, daß unser gegenwärtiger (Not-)Vorstand nicht gewählt, sondern nur mit der Maßgabe ernannt worden ist, die nächsten Vorstandswahlen einzuleiten.

Kritiker könnten nicht zu Unrecht behaupten, für größere politische Änderungen fehle dem Notvorstand der politische Auftrag der Mitgliedschaft. Es ist den Mitgliedern des Notvorstandes nicht zumutbar, für ihre nervenaufreibende Arbeit auch noch in Zweifel gezogen zu werden und deswegen liegt es an uns, hier einen klaren Auftrag zu erteilen.

Wir haben uns zum Thema Mitgliederumfrage von einem erfahrenen technischen Dienstleister der Partei beraten lassen und haben uns rückversichert, mit einer derartigen Umfrage keine exorbitanten Kosten oder technischen Probleme auszulösen.

Unser gemeinsames Bestreben muss sein, den Landesverband Berlin ordentlich durch das unruhige Fahrwasser dieser Tage zu bringen.

Bei unserem Begehren haben wir uns von folgenden Überlegungen leiten lassen:

Seit Gründung unserer Partei betonen wir, als freie Bürger für „direkte Demokratie“ einzutreten. Als Partei des „gesunden Menschenverstandes“ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft nicht nur der mündigen Bürger, sondern auch und gerade auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft unserer mündigen Mitglieder.

Wenn wir in unserem Grundsatzprogramm - beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart – „direkt-demokratische“ Entscheidungen des Volkes fordern, müssen wir im Hinblick auf unsere Glaubwürdigkeit nach innen und außen zwingend auch auf allen Ebenen unserer Partei die Grundsätze der unmittelbaren oder direkten Demokratie beachten. Damit verbieten sich grundsätzlich Delegiertenparteitage, auf denen Wahlentscheidungen nicht vom Souverän, den Mitgliedern unserer Partei, sondern von einem Repräsentationsorgan, den Delegierten, getroffen werden. Deren Loyalität gilt vielfach zuerst den politischen Gruppen, denen sie angehören, und nicht der Partei und deren Mitgliedern, von denen sie sich vielmehr zunehmend entfremden.

Wir bitten daher den Notvorstand, unser Anliegen aufzugreifen und zur Herstellung von Einigkeit und Eintracht im Landesverband Berlin das begehrte Stimmungsbild einzuholen.

Wir erlauben uns, Ihnen eine Frist zur Beantwortung unseres Begehrens bis zum 12. Juni 2020 zu setzen.

Dr. B. Malsack-Winkemann,
S. Wirtensohn, R. Kreß und A. Wild

Gedanken zur Pandemie

Auf einmal ist unsere bislang scheinbar ewigliche Konsum- und Spaßgesellschaft, sind wir alle weltweit im Krieg. Der Gegner ist klein, mitten unter uns und nur unter dem Mikroskop sichtbar. Und er kann vor allem für die Älteren unter uns tödlich sein. Niemand von uns weiß, wie er selbst die Corona-Infektion überstehen wird. Niemand von den heute Lebenden hat Erfahrung im Umgang mit einer vergleichbaren Situation. Die „Spanische Grippe“ liegt immerhin schon gut 100 Jahre zurück.

Corona hat alle anderen Themen verdrängt. Selbst die Erderwärmung hat Pause, auch wenn sie vielleicht keine macht. Fridays for Future hat alle Demonstrationen abgesagt. Auch die orientalischen Eindringlinge an der griechischen Grenze und auf den dortigen Inseln sind derzeit so oder so kein Thema. Die Beobachtung von Teilen der größten parlamentarischen Oppositionspartei in Deutschland durch den zum Regierungsschutz verkommenen Inlandsgeheimdienst interessiert ebenfalls kaum jemand.

Dank der Globalisierung hat sich das Virus bis in die entlegensten Winkel der Welt verbreitet. Doch nun kehrt sich die Globalisierung um, und immer mehr Länder schließen ihre Grenzen, nicht zuletzt für uns Deutsche. Die Zeit des problem-

Corona hat alle anderen Themen verdrängt

losen, weltweiten Reisens ist erst einmal vorbei. Es nutzt Deutschland gar nichts als einziger Staat aus Multilateralismus am Prinzip offener Grenzen festzuhalten, wenn die Nachbarn rigoros ihre Grenzen insbesondere für Deutsche dicht machen. Zugleich deckt die Krankheit eine weitere Schwäche der Globalisierung auf: Unsere Abhängigkeit von sehr weit entfernten Produktionsstätten. Aber Kostenerwägungen allein dürfen nicht das Wirtschaftsgeschehen bestimmen. Inzwischen hat ein Umdenken eingesetzt, und immer mehr Unternehmen verkürzen ihre Lieferketten und holen die Produktion zurück in die Heimat. Eine weniger globale Wirtschaftsordnung vor allem für die Produktion sicherheitsrelevanter Produkte ist das Gebot der Stunde.

Die zur Eindämmung bzw. Verlangsamung der Verbreitung des Virus getroffenen Maßnahmen sind sinnvoll, soweit sie sich auf die Unterbindung unübersichtlicher, massenhafter und anonymer Kontakte beziehen. Ob es darüber hinaus wirklich sinnvoll ist, auch auf alle anderen sozialen Kontakte etwa innerhalb der Familie oder zu Freunden zu verzichten, mag bezweifelt werden. Wo man sich kennt, wird man sich auch problemlos auf hygienische Verhaltensregeln oder Vorsichtsmaßnahmen verständigen können, was eigentlich ausreichen müßte. Vielleicht ist solidarischer Zusammenhalt zur Überwindung der Krankheit wichtiger als komplette Abschottung voneinander.

Eine gute Nachricht zuletzt: Es hat noch niemand behauptet, die AfD sei an Corona schuld.

Dr. Matthias Bath

Drostens zweite Welle

So langsam stellt sich das deutsche Volk die Frage, wann es endlich mit Lockerungen des Lockdowns und dem Ende der Coronavirus-Pandemie rechnen kann. Gesundheitsvertreter, Wirtschaftsexperten und Angehörige der Leopoldina raten hierzu. Die Bundeskanzlerin sieht jedoch wahre „Öffnungsdiskussionsorgien“ und hört lieber auf die Stimmen des Robert-Koch-Institutes und Professor Drosten, den meistgehörten Virologen und Coronavirusexperten der Charité.

Christian Drosten warnt vor einem drohenden Kontrollverlust im Falle von Lockerungen und spricht von der Gefahr einer „zweiten Welle“, die Deutschland, Europa und die Welt zu überrollen drohe.

Die Bedeutung der Reproduktions-

Drosten glaubt nicht mehr an die 2. Welle – trotzdem keine Lockerung

rate R des Virus sei nicht zu unterschätzen, sie müsse unbedingt dauerhaft unter dem Wert von 1,0 liegen, denn nur dies sichert, daß ein Infizierter weniger als einen neuen Patienten infiziert. Nur so kann das Virus aufgehalten werden. Laut Drosten lassen sich Volk und Politik von den Bildern leerer Notaufnahmen und von den guten Zahlen des Intensivregisters, das täglich die freien Intensivbetten und darüber hinaus den Anteil an Coronavirus-Erkrankten auf den Intensivstationen erfaßt, blenden. Die Situation sei schlimmer als wir denken, und eine zweite Welle würde noch viel, viel schlimmer werden. Seine Kritik an den „Öffnungsdiskussionsorgien“ hat Drosten in seinen regelmäßigen NDR-Podcasts und per Twitter öfffentlich gemacht.

Die Pandemie soll gestoppt werden, das ist das erklärte Ziel der aktiven

Streiter, und dafür soll die Reproduktionszahl dauerhaft unter 1,0 gehalten werden. Das intitiale Ziel war R = 1,0, jetzt kann R nicht mehr klein genug sein. Darum sei auch kein Platz, auch nicht ansatzweise, für Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen.

Das Coronavirus hat laut ersten Schätzungen ohne Maßnahmen eine Reproduktionrate von 2,4 bis 3,3. Ein Infizierter würde also durchschnittlich 3 weitere Personen infizieren. Die klassische Influenzagrippe hat den gleichen Wert, Masern haben einen R-Wert von 12 bis 18.

Damit die Zahl R für COVID unter den Wert 1,0 sinkt, müßten 66% der Menschen immun sein. Die „Durchseuchung“ bis zum Erreichen einer „Herdenimmunität“ dauere je nach Simulation bis zu 25 Jahre, so der Infektionsforscher Michael Mayer-Hermann. Damit scheidet diese Option für viele Forscher aus. Vielmehr soll bis zum Einsatz einer Impfung für alle die Zahl R unter 1,0 gehalten werden, indem der Lockdown fortgesetzt wird. Das Argument ist der drohende Kollaps des Gesundheitswesens.

Aber auch bei Einhalten eines R<1,0 sind wir laut Drosten in großer Gefahr und dürften ja nicht den Lockdown aushöhlen oder gar beeenden, weil die Durchseuchung “unter der Decke” weitergehe. Und wenn dann irgendwann das Virus in Gesamtdeutschland verbereitet wäre und der Lockdown aufgehoben würde, würde die prognostizierte “zweite Welle” anlaufen und über uns hinwegrollen.

Düstere Bilder eines Zusammenbruchs der Versorgung, Verzweiflungsmaßnahmen und ein Meer von Toten werden publiziert. Wir sollen uns die Spanischen Grippe 1918/1919 ins Gedächtnis rufen. Ein Desaster. Geschätzt 50 Millionen Tote weltweit.

Prof. Streeck, bekannt durch die Heinsberg-Studie

Dieser Alarmismus ist jedoch nicht angemsessen in Anbetracht sowohl der vollkommen unvergleichbaren äußeren Umstände damals, als auch der Charakteristika von Covid-19 gegenüber dem Grippevirus von vor einhundert Jahren.

Die Spanische Grippe trat mitten in der Hochphase des ersten Weltkrieges, im Frühling 1918 und nicht zum Ende des Krieges auf. Dieser endete mit dem Waffenstillstand von Compiègne am 11.11.1918. Die von Drosten alarmierend genannte zweite Welle verlief hingegen schon ab August 1918, also noch mitten im Krieg. Alle Quellen sprechen von unhaltbaren hygienischen und Ernährungszuständen im Rahmen des Kriegsgeschehens, sowohl in Europa als auch in den USA, in denen nach Indizienlage die Spanische Grippe zuallererst ausbrach. Alle Quellen nennen unterentwickelte Länder und indigene Völker als am stärksten Betroffen. Einzelheiten fasst der entsprechende Wikipedia-Artikel gut zusammen. Drostens Vergleiche erscheinen übertrieben.

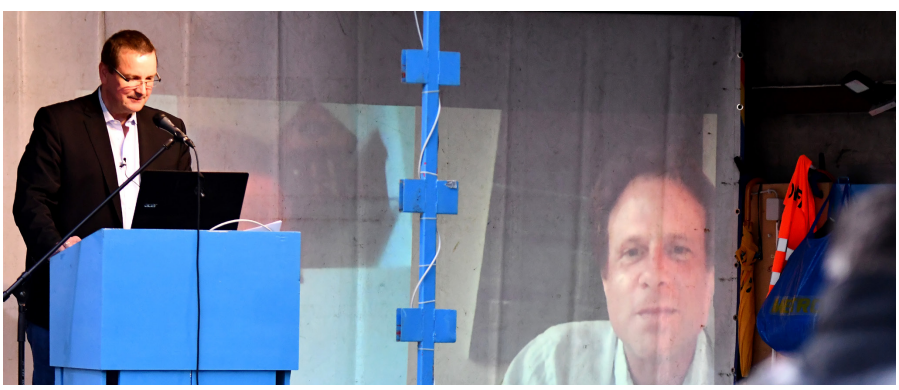
Auch die Eigenart der Spanischen Grippe, vor allem Männer zwischen 20 und 40 Jahren dahingeraffft zu haben, ist logisch: Ebendiese lagen mangelernährt im Dauerstress im Schützengraben und im schmutzigen, überfüllten Lazarett. Das Thema kann im Internet schnell recherchiert werden: Hungersnot und Elend in Kriegszeiten sind kein Geheimnis!

Vergegenwärtigen wir uns außerdem die enormen Fortschritte der Medizin in den letzten Jahrzehnten. Wer will denn allen Ernstes die Versorgung heute mit damals vergleichen?

Herr Drosten vergleicht Äpfel mit Birnen, wenn er – sicher in bester Intention – vor einer zweiten Coronawelle warnt, doch sollte er sich seiner Rolle bewußt sein, die er ja selber regelmäßig propagiert : Er sei nur ein wissenschaftlicher Berater der Bundesregierung, und für Entscheidungen sind die Politiker da. Es wäre schön, wenn er seiner sich selbst zugedachten Rolle gerecht würde.

Da der Vergleich mit der Spanischen Grippe im ersten Weltkrieg trotz bester Absichten hinkt und übertrieben ist, bleibt der Blick auf die aktuelle Faktenlage. Handelt es sich wirklich um „Öffnungsdiskussionsorgien“, oder um legitime Diskussionen über unsere Zukunft?

Zur Versorgungskapazität in Deutschland können die Zahlen auf „intensivregister.de“ herangezogen werden, denn sie informieren uns dar-



Dr. Naumann, zugeschaltet zur Versammlung für Bürgerrechte am 7.5.2020

über, daß Stand heute von den 30.155 deutschen Intensivbetten 12.577 frei sind. Von aktuell behandelten 17.578 Intensivpatienten sind lediglich 2866 Patienten COVID-19-Patienten.

Das Ziel, die „Kurve flach“ und R kleiner 1,0 zu halten ist ein hehres. Aber ist es auch ein notwendiges, um den Kollaps des deutschen Gesundheitswesens zu vermeiden? Immerhin sind doch noch 12.577 Intensivbetten frei. Somit könnten, selbst im Falle eines massiven Anstieges der Zahl der Schwererkrankten noch die sechsfache Menge an Patienten angemessen betreut werden. Von einem Versorgungsengpaß kann nun wirklich nicht die Rede sein.

Der tägliche Zuwachs bei den neu registrierten Coronavirus-Infektionen in Deutschland weist schon seit Anfang Mai stark nach unten, obwohl die Zahl der Tests über die letzten Wochen immer weiter ausgeweitet wurde.Obwohl mehr getestest wird, werden weniger Infizierte gefunden. Das bedeutet nicht nur, das die Coronavirus-Infektionen rückläufig sind.

Erinnern wir uns: Wer wird getestet? Symptomatische Patienten aus Risikogebieten und Personen in Kontakt zu positiv bestätigten Kranken. Es werden keine repräsentativen Testungen von Bevölkerungsdurchschnitten durchgeführt, sondern nur Kranke und Gefährdete, und dennoch sinken die Fallzahlen bei einer gleichzeitigen Zunahme der Anzahl der Tests. Man muß kein Mathematiker sein, um zu erkennen, daß die Zahl der Neuerkrankungen im Sinkflug ist.

Und nicht nur das. Es wurden bis zum 20.04.2020 in Deutschland 1.728.357 Personen auf Covid-19 gestestet. Hiervon waren 143.100 positiv. Nur 8 Prozent der Getesten waren mit Covid-19 infiziert. 92 Prozent nicht! Wieviele Menschen hatten also Grippe oder Schnupfen und eben kein Corona? Und wieviele Menschen infizieren sich und werden gar nicht krank? Wieviele Infizierte werden also gar nicht getestet?

Ein Kritiker der Corona-Panik, Dr. Wolfgang Wodarg, meinte, wenn man halt teste, würde man auch etwas finden, in diesem Falle SARS-CoV-2. Dem ist fast zu widersprechen: Selbst, wenn man testet, findet man nichts.

Neben dem SARS-CoV-2 existieren

Prof. Drosten, bekannt durch die Medien

Unmengen an Viren. Viele, von deren Existenz die Wissenschaft bisher nicht einmal eine Spur von Ahnung hat. Und alle diese Keime können uns krank machen.

Laut gängiger Expertenmeinung hat Deutschland nur die Wahl zwischen Pest und Cholera – entweder Lockdown bis zur Herdenimmunität,

Sehr viele Patienten sterben nicht an Corona, sondern mit Corona

oder Lockdown bis zur Verfügbarkeit einer Zwangsimpfung für alle Bürger. Die erste Option scheint utopisch: 25 Jahre Kontaktsperre? Und wie sollen die Menschen in Kontakt mit dem Virus treten, um sich kontrolliert zu infizieren, wenn doch die zwischenmenschlichen Beziehungen verboten sind? Die zweite Option scheint im Vergleich dann fast schon verlockend: „nur“ bis Ende des Jahres eingesperrt bleiben.

Nur, wie sollen Impfungen für alle Bürger durchgesetzt werden? Wir erinnern uns, eine Herdenimmunität liegt in weiter Ferne. Und es gibt ein medizinisches Problem: Wie sollte eine Zwangsimpfung gerechtfertigt werden, wenn Kohortenstudien des Professor Streeck eine Mortalität von unter 0,4% berechnen? Die Mortalität der Grippe liegt in ähnlichen Größenordnungen.

A propos Grippe: Die Infektionszahlen der letzten Jahre kommen trotz jährlicher Neuimpfung des gefährdeten Bevölkerungsteils zustande. Wieso sollte eine Impfung gegen Covid-19 effizienter wirken? Eine kombinierte Strategie erscheint sinnvoller: Impfung der Gefährdeten, auf freiwilliger Basis, das sind alte und vorerkrankte Patienten, wie bei der Grippe. Und gleichzeitige Exposition weniger Gefährdeter, also Gesunder und Junger. Die Kapazitäten des Gesundheitswesens sind ausreichend für eine Versorgung auch größerer Patientzahlen, wie gezeigt werden konnte. Nur so wird Deutschland nachhaltig mit Covid-19 leben können.

Ein verlängerter Stillstand des öffentlichen Lebens hingegen würde das Ende unseres bisherigen Lebensstandards bedeuten und zu massiven medizinischen, sozialen und kulturellen Kollateralschäden führen. Im Zuge der Spanischen Grippe starben mehr Menschen an Hunger und Not als an der eigentlichen Pandemie.

Dr. med. Stefan Naumann, 45 Jahre alt, Facharzt für Allgemeinmedizin, Anästhesie und Notfallmedizin. Seit 18 Jahren Arzt, Erfahrung in Deutschland und Frankreich, Notaufnahme, Intensivstation, öffentlicher Gesundheitsdienst, mehrere Jahre eigene Praxis, angestellt als Allgemeinarzt (D). Aktuell Vertretungen in Südfrankreich.

Impressum

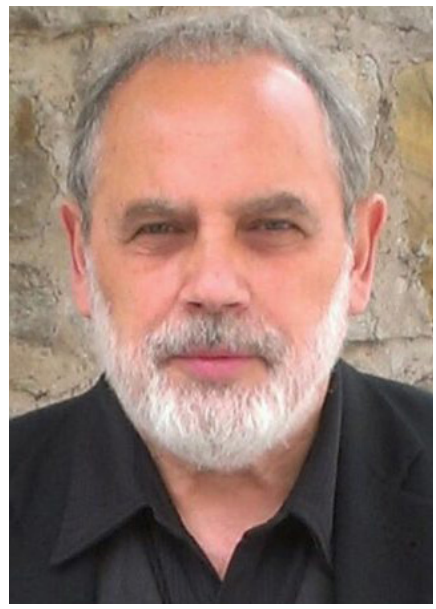
Adresse:	Andreas Wild MdA
	Jungfernstieg 4 b
	12207 Berlin
Telefon:	030-209677555
Email:	wild@wild-agh.de

Wer verdient den Friedensnobelpreis – Angela oder Corona?

Was ist ein Theoretiker, was ist ein Verschwörer?

Ebenso läßt sich die alte Frage aufwärmen: Wer ist ein Rechter, wer ein Populist? Und was sind beide zusammen? Natürlich das Doppelte an Bosheit. Gegenüber wem? Etwa gegenüber den Philanthropen, auch Menschenfreunde genannt? Durch ein geplantes Eingreifen in den Erziehungsprozeß sollen wir ab der Geburt an „geformt“ werden, um am Ende ein nützliches Glied der Gesellschaft sein zu können. Klingt gut, nicht wahr? Hat aber schon ein paar Jahre auf dem Buckel, denn dieser Erziehungsroman „Emile oder Über die Erziehung“ von Rousseau wurde schon 1762 veröffentlicht. Zuvor hatte er sogar erkannt, daß der Mensch sich vom Tier unterscheidet. Immerhin! Nur der Mensch kann sich jedoch selber verbessern, aber auch verschlechtern, denn Rousseau gesteht uns zu, ein frei handelndes Wesen zu sein, also zwischen einem natürlichen und einem bürgerlichen Zustand wählen zu können. Wie sollen wir aber dadurch garantiert zum übergeordneten Ziel der ewigen Glückseligkeit kommen?

Endlich tauchten am Horizont die Weltenretter auf: Marx & Engels. Mit ihnen kam nun, nachdem sie später unter Lenin gar den Praxis-Test bestehen sollten, letztlich die „einzige wissenschaftliche Weltanschauung“ über uns, die Theorie des M-L. (Für Nichtwisser: Marxismus-Leninismus). Das ist ja zum Lachen, das ist doch von vorgestern, so denken, ja, protestieren jetzt viele. Dann frage ich nur lässig: Warum laßt ihr es zu, daß überall in Deutschland Karl-Marx-Denkmale stehen dürfen, Straßen und Plätze nach ihnen benannt sind, wenn dessen Theorien von vorgestern sind? Die Auswirkungen seiner revolutionären Ideen und Ziele sind noch überall sichtbar und für viele Menschen auf der Erde schmerzhaft oder als posttraumatische Belastungsstörungen zu spüren, denn alle Machthaber, die sich auf ihn beriefen und noch berufen, was sind sie? Richtig geraten: Wirtschaftsversager, Kultur- und Umweltzerstörer, Massenmörder!



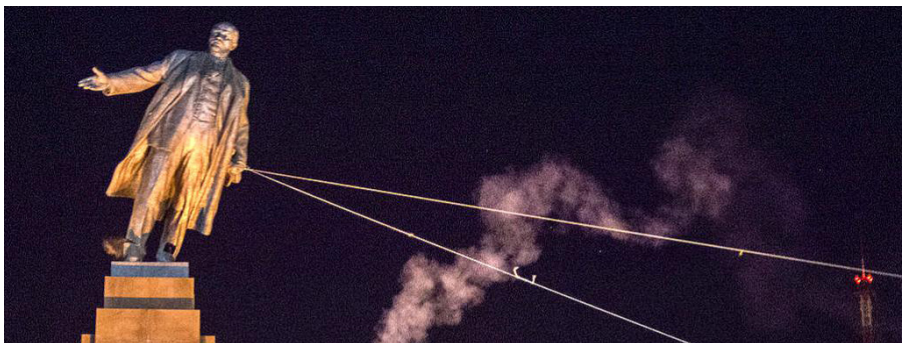
Sigmar Faust – authentisches Wissen über die DDR

Und wer regiert uns in alternativloser Herrlichkeit in Berlin?

Jeder, der in der „DDR“ studierte, sei es Physik, Medizin oder Theologie an staatlichen Hochschulen, was mußte er zwei Jahre lang mit studieren? Neben der russischen Sprache noch M-L. Selbst konservativ empfindende Bürger, die in dieser Karl-Murks-Republik aufgewachsen sind, glauben sogar heute noch, daß Marx ein großer Philosoph war, der angeblich Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Nichts gegen Glauben; es herrscht ja Religionsfreiheit, selbst für eine Religion, die ihre Scharia über unser Grundgesetz stellen muss und gar noch darf.

Immerhin bekam die Karl-Marx-Uni Leipzig, an der auch die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel studierte, 1991 wieder ihren alten Namen zurück: Alma Mater Lipsiensis. Doch in der deutschen Hauptstadt, wo Angela Merkel regiert, regiert und noch immer regiert, gibt es die Humboldt-Universität, für dessen Namen sich kein Deutscher schämen muss. Wer jedoch die heiligen Hallen durch den Haupteingang betritt, „wird eines monumentalen Treppenaufgangs aus rotem Marmor und realsozialistischen Zeiten ansichtig. An der Wand, auf die die ersten zwölf Stufen zulaufen, prangt – in goldener Gravur – das Diktum eines ehemaligen Studenten der Universität: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt aber darauf an, sie zu verändern.» Der aus dem Jahr 1845 stammende Satz, die sogenannte elfte Feuerbach-These von Karl Marx, hat seinem Gehalt nach wenig mit einem Grabspruch zu tun – es sei denn, man verstünde ihn als Aufruf, auf dem Absatz kehrtzumachen und der Universität, in der die Welt ja doch auf allerlei Weise «nur» interpretiert wird, den Rücken zu kehren, um draußen vor der Tür die Ärmel aufzukrempeln und zuzupacken. Dann könnte man die Philosophen und die Philosophie begraben und vergessen – und die Universität gleich mit.“ (Uwe Justus Wenzel, NZZ 27.05.2011)

Schade, daß Marx, als er vielleicht noch dichter im Kopfe war, kein Dichter geworden ist, was er in seiner Jugend eigentlich gern werden wollte. Das hätte freilich den Nachteil: Keiner würde ihn heute kennen. So kraftvoll wie kitschig wütete er damals verzweifelt gegen Gott, der er liebend gern selber sein wollte: „Hat ein Gott mir alles hingerissen, / Fortgewälzt in Schicksalsfluch und Joch, / Seine Welten - alles - alles missen!



Während Lenin überall von den Sockeln fällt ... (hier Charkow 2014)

/ Eines blieb, die Rache blieb mir doch...“ Wahrlich, er hat sich gerächt und er rächt sich noch immer von seinen weltweiten Dickschädel-Denkmalen herunter.

Wer wenigstens einige seiner Briefe gelesen hat und wie Volker Elis Pilgrim in seinem Rowohlt-Buch „Adieu Marx“ ihn auch psychosexuell untersucht hat, kommt zweifelsfrei zu dem Ergebnis, was den weltberühmten Marx eigentlich charakterisierte: „großbürgerlich, autoritär-egozentrisch, frauenfeindlich, feudal, kapitalistisch. Er beutete aus, er benutzte, er setzte sich über die Interessen aller hinweg.“ Kommt uns das nicht bekannt vor? Man muss dazu nicht einmal Marxist oder ein Mann sein, nicht einmal männerfeindlich, sich nur etwas schnippisch über Gesetze und Verfassungsartikel hinwegsetzen könnend, dabei die Hände zu einer Raute verschränkt, das erinnert doch irgendwie an einen Stil, der nach außen hin so humanistisch tönt, aber im Inneren von Hochmut strotzt, obwohl, wie jeder wissen kann, daß dazu kein Funke Mut gehört, nur Macht. Fehler zugeben? Warum denn, wenn ihr genügend Lakaien den Rücken stärken?

Die Schweinehunde im inneren Zirkel werden gezähmt durch die Erfolge im äußeren Erscheinungsbild, zumal sie große Bewunderer im Ausland hat. Im Ausland? Bald wird es kein Ausland mehr geben, wenn das One-World-Konzept der Superreichen und der Globetrotter aufgeht. Wie hieß es so schön im Kommunistischen Manifest und als Zwischenzeile über der SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“? „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Doch die doofen Proleten wollten sich weder vereinigen noch eine weltweite Revolution ausführen. Also weg mit der deutschen Flagge,

großbürgerlich, autoritär, egozentrisch, frauenfeindlich, feudal, kapitalistisch.

weg mit den weißen alten Männern, weg mit den Deutschen, deren Großeltern einst Hitler gewählt und damit Auschwitz verursacht haben. Pfui!

Zum Glück hat der Schreibtischtäter Marx den nationalen Sozialisten Hitler überholt, denn wenn deren Namen im Netz, dem wir alle verfangen sind, angeklickt werden, dann erscheinen in Bruchteilen von Sekunden bei Marx schon 122 Millionen Einträge, bei Hitler nur 83 Millionen und bei Angela immerhin schon 76 Millionen. Jedoch alle werden von Corona überholt, die es bis Mai 2020 schon auf über eine Milliarde Eintragungen gebracht hat. Gratulation! George Soros: 23 Milliarden Dollar Vermögen bei nur 16,3 Millionen Eintragungen. Bill Gates: 98 Milliarden Dollar und 434 Millionen Eintragungen. Und wie sie noch alle heißen mögen, die Mehrfachmilliardäre, Gutmenschen und Philanthropen mit ihren Trophäen des Sieges über Macht und alles Geld der Welt. Zum Glück kann jeder Noch-Zeitungsleser über den Journalisten Frank Jansen aus dem Berliner Tagesspiegel erfahren, daß „ein Bill Gates keineswegs plant, die Menschheit mit Zwangsimpfungen zu versklaven“.

Fortsetzung im nächsten Heft.

Siegmar Faust ist ein deutscher Schriftsteller und ehemaliger politischer Häftling in der DDR. Von 1996 bis 1999 war er Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen im Freistaat Sachsen.

... sitzen Marx und Engels immer noch fröhlich am Alex!

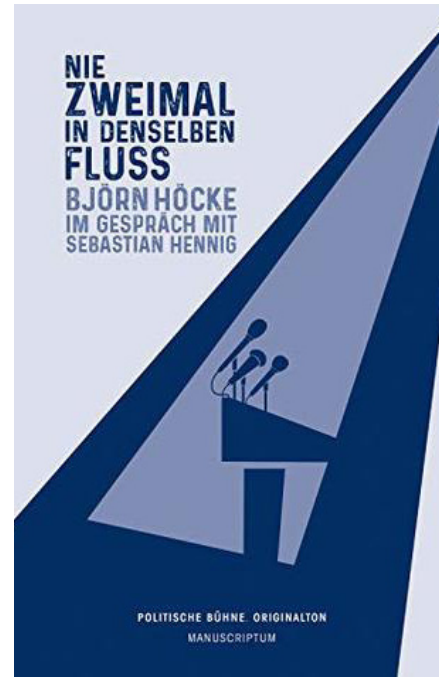
Leseempfehlung: Nie zweimal in denselben Fluß

Der AfD-Politiker Björn Höcke gehört zu den in Deutschland wohl meist umstrittenen Persönlichkeiten. Äußerungen von ihm werden regelmäßig skandalisiert und bieten Anlaß zu oft theatralischer Empörung.

Dabei erfährt man von ihnen nur von journalistisch-dritter Seite, meist nur in Form ei- nes Halbsatzes oder dem Gebrauch eines Wortes. Originalbeiträge Höckes oder rückfragende Interviews findet man in den Leitmedien nicht. Dem möchte das vorliegende Buch abhelfen und Höcke aus der ihm in den Medien zugedachten „stummen Rolle“ heraustreten und in seinem Originalton sprechen lassen. Im Gespräch mit dem Künstler und Publizisten Sebastian Henning äußert er sich zu unterschiedlichsten Themen und Sachfragen. Dabei erweist sich Hökke überraschenderweise weitaus weniger als der von den Medien gezeichnete nationale Revoluzzer, als vielmehr als doch recht konservativer bürgerlicher Politiker.

Zu denken gibt allerdings, daß sich der Antisemitismusbeauftragte der hessischen Landesregierung Anfang März dafür ausgesprochen hat, das Buch als „jugendgefährdend“ zu indizieren, weil es die freiheitlich-demokratische Ordnung diffamiere und „von der ersten bis zur letzten Seite den Faschismus“ ausatme. Das Buch könne durch seine „hochgradig suggestive Interviewführung gerade junge Menschen verstören und sie auf neo-faschistische Irrwege leiten“.

Offensichtlich ist das Gesprächsbuch für die etablierte Politik derart brisant, daß man es lieber wegschließen und der Öffentlichkeit vorenthalten will. Vielleicht sollte man sich beizeiten ein Exemplar sichern, bevor die Zensur tatsächlich zuschlägt und das Buch zur Rarität werden läßt. Herbert Hermann



„Nie zweimal in denselben Fluss, Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning“, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof, 4. Auflage, 2020, 297 S., 18,90 €
ISBN 978-3-944872-72-8

Humor in Zeiten der Not

[...] staatliches Fördergeld für Islamisten heißt ja sonst „Hartz IV“. Staatsgeld abgreifen, wo es nur geht, das ist vielleicht falsch verstandener Islam, aber schon ganz richtig verstandene Berliner Wirtschaft. Der Senat freut sich auch über dieses Zeichen gelungener Integration.

Der Zeichner, Karikaturist und Witze-Autor Bernd Zeller veröffentlicht täglich eine neue Satireseite in der „Zeller Zeitung“ (zellerzeitung.de) und einen Kurzkommentar auf seinem gleichnamigen YouTube-Kanal

Bürger-Einladung: Gedanken zu bezirkspolitischen Themen

Im beschaulichen Steglitz-Zehlendorf gibt es viele Themen, zu denen die Parteien Stellung nehmen müssen: S- und U-Bahn, Straßenverkehr, Wohnen, Unterkünfte für Migranten, Schulsituation, Altersarmut usw. usf.

Ich lade daher am

23. Juni 2020 um 19.00 Uhr in die Staatsreparatur

(Jungfernstieg 4 b 12207 Berlin, am S-Bahnhof Lichterfelde-Ost)
zu einem Brainstorming für Inhalte im Bezirkswahlkampf 2021 für Steglitz-Zehlendorf.